

INHALT

RECHTE SZENE	2
Steilvorlage	2
<i>Mit dem Thema Minarettverbot will auch die extreme Rechte in Deutschland punkten. Bei der NRW-Landtagswahl dürften sich die „pro“-Truppe, die NPD und die Republikaner einen antiislamischen Überbietungswettkampf liefern.</i>	
Events für Kinder	4
<i>Anhänger der rechtsextremen Szene bemühen sich um Einfluss in Schule und Kindergarten – der eigene Nachwuchs wird frühzeitig auf den Kurs „völkischen Gemeinschaftslebens“ gebracht.</i>	
Das Kreuz im Titel	5
<i>Die „National Zeitung“ ist das auflagenstärkste Blatt im deutschen Rechtsextremismus – ein neues Layout soll die Zeitung moderner erscheinen lassen, die alten Inhalte sind geblieben.</i>	
REZENSION	7
Unterschiedliche Schwerpunkte	7
<i>Eine neue Studie nimmt eine systematische Analyse der NPD-Strategie im Osten wie auch im Westen Deutschlands vor.</i>	
GRAUZONE	8
Rechtskonservative Zündler	8
<i>Vertreter der Schweizerischen Volkspartei und kleinerer christlicher Parteien schüren antiislamische Stimmung in der Alpenrepublik.</i>	
Freiheitliche Islam-Hetze	9
<i>Staatsbürgerkunde beim FPÖ-Bildungsinstitut.</i>	
AUSLAND	10
Vor dem Comeback	10
<i>Der rechtsextreme Front National profitiert von der in Frankreich stattfindenden Debatte über „nationale Identität“ und das „Problem Islam“.</i>	
BLICK IN DIE ZEITGESCHICHTE	11
Späte Hilfe	11
<i>Der Verein „Phönix“ kümmert sich um russische Überlebende des Holocaust – sie leben nach wie vor unter ärmlichen Bedingungen.</i>	
MELDUNGEN	12

RECHTE SZENE

Steilvorlage

Mit dem Thema Minarettverbot will auch die extreme Rechte in Deutschland punkten. Bei der NRW-Landtagswahl dürften sich die „pro“-Truppe, die NPD und die Republikaner einen antiislamischen Überbietungswettkampf liefern.

Von der Schweiz lernen, heißt siegen lernen: Das könnte zum neuen Leitspruch der extremen Rechten in der Bundesrepublik werden. Ihre erfolgsentwöhnten Wortführer blicken neidisch zu den Nachbarn im Süden hinüber. Die hatten am letzten Novemberwochenende mit knapp 58 Prozent der Stimmen dem Bau von Minaretten eine Absage erteilt – aber mit ihrem Votum nicht nur das Minarett an sich und damit eine baurechtliche Frage gemeint, sondern, wie zu vermuten ist, ganz generell die Position der moslemischen Religion in einer mitteleuropäischen Gesellschaft.

Mit der bewussten Gleichsetzung von Islam und Islamisierung, einer Religion und ihrer fundamentalistischen Überspitzung operiert die Propaganda der sich als „Bürgerbewegung“ gerierenden Partei „pro NRW“. Von daher war ihr Jubel über die Entscheidung der Eidgenossen nur logisch und zu erwarten. Die Schweiz habe „der verhängnisvollen Islamisierung eine deutliche Absage erteilt“, heißt es in einer Erklärung des „pro NRW“- und „pro Köln“-Vorsitzenden Markus Beisicht. Dies sei ein „Dammbruch für ganz Europa“.

Vor allem aber hofft er auf einen „Dammbruch“, der dazu führen könnte, dass es seine Formation, die ihre Ursprünge bei den Republikanern und der Deutschen Liga für Volk und Heimat hat, bei der Landtagswahl im kommenden Mai ins Düsseldorf Parlament spülen könnte. Die 5,4 Prozent, die „pro Köln“ bei der Kommunalwahl Ende August in Deutschlands viertgrößter Stadt erzielt hatte, stellen zwar das beste Ergebnis einer extrem rechten Formation in einer Großstadt dar – von den 58 Prozent, die die helvetischen Brüder im Geiste von der Schweizerischen Volkspartei und ihrer Unterstützer erreichten, sind die bisherigen Ergebnisse von „pro NRW“ in Köln und seinem Umland aber doch weit entfernt.

Die Schweizer Abstimmung habe gezeigt, „dass Kritik an Islamisierung und Überfremdung eben kein gesellschaftliches Randphänomen ist, sondern dass diese Kritik ganz im Gegenteil strukturell mehrheitsfähig in den Völkern

Europas ist“, macht sich Beisicht, der seit Jahren das politische Projekt verfolgt, extrem rechten Politikinhalt verhaftet zu bleiben und zugleich als demokratisch „sauber“ erscheinen zu wollen, Mut. „Wir sind mit unseren Themen und Forderungen in der einheimischen Bevölkerung mehrheitsfähig“, meint er.

„Dammbruch für ganz Europa“

Ihren Wahlkampf für die NRW-Landtagswahl wollen Beisichts Rechtspopulisten nun erst recht „dezidiert islamkritisch gestalten“. Dabei soll auch „mit PR-Anleihen aus der Schweiz“ gearbeitet und vor „‘politisch unkorrekten’ Tabubrüchen“ nicht zurückgeschreckt werden. Jenes Plakat der Schweizer Islamgegner, das zwischen Genf und Graubünden vielfach für Empörung sorgte, hat „pro NRW“ schon einmal für deutsche Verhältnisse modifiziert. Es zeigt nun in der „pro“-Fassung links im Vordergrund eine schwarz verhüllte Frau, deren Augen aus einem schmalen Sehschlitz schauen, und im Hintergrund sieben Minarette in Raketenform, die aus der schwarz-rot-goldenen Bundesflagge wachsen. Auf den Internetseiten von „pro NRW“ und „pro Köln“ ist das Plakatmotiv bereits zu sehen – ergänzt um den Satz: „Wir alle sind Schweizer!“ Als Provokation aufgefasst werden darf auch die Ankündigung, zum Abschluss einer „internationalen Konferenz für die Einführung eines Minarettverbotes“ im kommenden Frühjahr einen „Protestzug“ beziehungsweise „Sternmarsch“ zur Moschee in Duisburg-Marxloh organisieren zu wollen.

Integriert in die geplante Kampagne sind die Stadtrats- und Kreistagsfraktionen von „pro NRW“. Sie sollen das Thema Minarettverbot in die Kommunalparlamente tragen. „Pro NRW“ will Resolutionen auf die Tagesordnungen bringen, mit denen die Düsseldorf Landesregierung aufgefordert wird, in der Landesbauordnung den Bau von Minaretten zu verbieten. Zugleich sollen die Stadt- und Kreisverwaltungen aufgefordert werden, bis zu einer solchen Änderung der Bauordnung „alle diesbezüglichen Spielräume“ zu nutzen, „um aggressiv-islamistische Machtsymbole wie z.B. Minarette in Zukunft verhindern zu können“, erklärte die „pro Köln“-Fraktionschefin Judith Wolter.

„Pro NRW“ ist nicht die einzige Partei rechtsaußen, die sich von dem Schweizer Votum Rückenwind verspricht. Auf der Homepage der DVU meldet sich beispielsweise Autor „AM“ – dabei dürfte es sich um Andreas Molau

RECHTE SZENE

handeln – zu Wort. Zunächst gibt er den Biedermann: „Als freiheitliche Partei hat die DVU nichts gegen den Islam oder Moslems.“ Doch er legt gleich nach: „Moscheeprunkbauten“ – und offenbar macht jedes Minarett in seinen Augen die Moschee zum „Prunkbau“ – seien „nichts anderes als ein steingewordener Machtanspruch“, dem „wir endlich entgegentreten“ müssten. Die Imitation des Schweizer Vorbilds soll den Niedergang der maroden Partei, der das Geld, das Personal und die beim rechten Publikum zündenden Ideen ausgehen, stoppen.

Eine ähnliche Hoffnung dürfte auch Republikaner-Chef Rolf Schlierer hegen. „Das Schweizer Abstimmungsergebnis bekräftigt die Republikaner in der Forderung nach einem Verbot des Baus von Minaretten und Großmoscheen auch in Deutschland“, stimmt er denn in den allgemeinen Chor rechtsaußen ein. Gebete und die Ausübung religiöser Riten seien auch „in einfachen, der örtlichen Bautradition angepassten Gebäuden möglich“, heißt es in einer REP-Pressemitteilung, die offen lässt, ob damit Hinterhof-„Moscheen“ in Stadtquartieren gemeint sind oder leer stehende Fabrikhallen in Industriegebieten. Während „pro NRW“ auf kommunale Interventionen setzt, wählen die schwächelnden Republikaner einen anderen Ansatz. Sie suchen „die Unterstützung von rechtsdemokratischen und freiheitlich-konservativen Parteien und Kräften in mehreren europäischen Ländern“, um ein „europaweites Bürgerbegehren für ein Verbot des Baus von Minaretten in der Europäischen Union“ in Gang zu bringen.

„Ein generelles Moscheebau-Verbot prüfen“

Und die NPD? Die tat sich bisher schwer in der Frage, ob sie eher auf die antiislamische oder die antisemitische Karte setzen sollte. Parteivize Jürgen Rieger setzte auf Antisemitismus und wollte potenzielle Bündnispartner, als die er Moslems betrachtete, nicht verprellen. Doch Rieger lebt nicht mehr. Ein anderer Vize, der Münchner Stadtrat Karl Richter, kündigte unmittelbar nach dem Schweizer Votum an, er werde in der bayerischen Landeshauptstadt nach dem „Menetekel“ der Volksabstimmung ab sofort noch intensiver für die „Islamisierungs- und Überfremdungs-Bedrohung“ sensibilisieren. Und aus Dresden war der Ex-Parteivize und NPD-Fraktionschef im sächsischen Landtag, Holger Apfel, zu vernehmen. Mit einem Minarettverbot, das er „eher als sym-

bolpolitischen Akt“ wertet, sei es nicht getan. Geprüft werden solle ein „generelles Moscheebau-Verbot“. Und damit nicht genug: „Zusätzlich müssen alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden, um die sozialen Brennpunkte in deutschen Großstädten durch konsequente Ausländerrückführung zu entschärfen.“ Das Minarett-Verbot: In der Logik Apfels wäre es nur der Einstieg in eine Politik, die im „Ausländer raus“ gipfelt.

„WIR oder Scharia!“

Es brauchte eine knappe Woche, bis sich auch der Bundesvorstand der NPD eine Meinung gebildet hatte. Doch nicht der Parteivorsitzende Udo Voigt wurde in einer Pressemitteilung zitiert, sondern der Parteivize Karl Richter: „Das Anliegen eines Minarettbau-Verbots auch in Deutschland ist zu wichtig, um es den etablierten Versagerparteien und pseudo-oppositionellen Trittbrettfahrern zu überlassen“, meint Richter und teilt damit Spitzen gegenüber der Konkurrenz rechtsaußen aus. „Danke, Schweiz – Minarettverbot auch hier!“ soll das Motto der „flächendeckenden Kampagne“ sein.

Äußerungen wie die von Apfel und Richter dürften Michael Schäfer, dem Vorsitzenden der Jungen Nationaldemokraten (JN), wohl gefallen. Er setzt voll auf das Thema Anti-Islam. Ehe die späte Ankündigung der NPD veröffentlicht wurde, hatte er gewarnt: „Die deutsche Rechte“, womit er wohl vorrangig die eigene Partei meint, „verschläft ihr Kompetenzthema total und überlässt es auch weiterhin pseudonationalen Grüppchen, die nicht eine wirkliche Veränderung in unserem Land im Auge haben, sondern nur ihren Platz am Tisch der Etablierten einfordern.“ Die Themen „Überfremdung, Volkstod und Islamisierung“ müsse man „glaubhaft miteinander kombinieren“, forderte JN-Schäfer. Sein Motto: „WIR oder Scharia!“

Solche Parolen könnten im nordrhein-westfälischen Landtagswahlkampf des Öfteren zu hören sein. Mit „pro NRW“, den Republikanern und der NPD treten gleich drei extrem rechte Parteien an, die mit antiislamischen Tönen Stimmen einsammeln wollen. Gut möglich, dass sie sich dabei einen islamophoben Überbietungswettkampf liefern werden.

Tomas Sager

RECHTE SZENE

Events für Kinder

Anhänger der rechtsextremen Szene bemühen sich um Einfluss in Schule und Kindergarten – der eigene Nachwuchs wird frühzeitig auf den Kurs „völkischen Gemeinschaftslebens“ gebracht.

„Knecht Ruprecht ruft Familien mit Kleinkindern zum Fest“, so hieß es kurzzeitig auf der Internetseite der NPD in Lüneburg. Die Feier für den Nachwuchs ist für den 12. Dezember geplant – der Veranstaltungsort bleibt geheim.

Ein großer Teil der über 30 000 weiblichen und männlichen Rechtsextremisten bundesweit gründen zur Zeit eigene Familien, oft stammen bereits beide Elternteile aus der Szene. Damit wird auch die Kindererziehung zwangsläufig zum Politikum. Ziel extrem rechter Frauen und Männer ist es langfristig, eine „nationale Gegenkultur“ für die gesamte Familie zu schaffen.

Gemäß der eigenen Ideologie gelten Familien als „kleinste Einheiten völkischen Denkens“, bleiben somit nicht dem Privatleben einzelner Anhänger überlassen. Entsprechend dieser Logik soll die ganze Familie als Teil eines ganzheitlichen Denk- und Lebensprozesses die anvisierte nationale „Volksgemeinschaft“ stärken und langfristig etablieren. Die Kinder der „Bewegung“ sollen dabei „Schutz, Geborgenheit und Identität der Gemeinschaft“ erfahren“ und so natürlich auf den Kurs „völkischen Gemeinschaftslebens“ gebracht werden.

Die Bedeutung „weicher“ Politikformen wird tendenziell unterschätzt

Bis zu ihrem Verbot im März 2009 organisierten sich viele selbst ernannte Erzieher/innen der Szene in der „Heimatreuen Deutschen Jugend“ (HDJ). Seit der Zerschlagung der zentralen Vereinsstruktur durch das Bundesinnenministerium scheinen sie sich auf dezentrale Unterschlüpfen zu verlagern. Doch der Charakter ihrer pädagogischen Ziele wird sich kaum ändern – eines hieß: „kompromisslos für die Verbreitung“ ihrer Ideologie auf „breiter Front“ zu sorgen. Es gab zudem laut Behördeninformationen einen „eindeutigen Appell „in Schule, Ausbildung, Studium und Beruf mit Ehrgeiz und Ausdauer entscheidende Positionen zu besetzen“. Am unauffälligsten mag das den Frauen und Mädchen gelingen.

Um Einflussnahme in Schule und Kindergarten ihrer Kinder scheint sich auch die Ehefrau des NPD-Landtagsabgeordneten und früheren HDJ-Anhängers Tino Müller aus Ferdinandshof bei Ueckermünde zu bemühen. Während ihr Ehemann im Schweriner Schloss mit seinen Redebeiträgen oft für Entsetzen und Empörung sorgt, betreut sie daheim die beiden Söhne. Doch nicht nur das: Im Kindergarten ihres Jüngsten bot sie sich an, alte Haushaltspraktiken zu vermitteln. Ein Anzeigenblättchen der Region berichtete über ihre private Aktion beim Korn schroten und Brot backen mit Kindern. Ein weiteres Freizeitangebot galt der Grundschulklasse ihres älteren Sohnes. Dort allerdings soll ihre Yoga-Stunde für Kinder nur auf wenig Begeisterung gestoßen sein, heißt es. Aufmerksame Gemeindemitglieder wurden durch diese Bemühungen aufgeschreckt, sie argwöhnen, dass hinter diesen Bemühungen nicht nur privates Interesse stecken könnte.

Bereits 2008 wurde bei einem Treffen der Bundesarbeitsgemeinschaft Frauenpolitik durch Expertinnen davor gewarnt, dass der „Aktionsradius“ von Frauen sich häufig auf den „sozialen Nahraum“ erstreckt und oft nicht als „genuin politisch“ angesehen werde. Die Politikerinnen warnten unter anderem, dass die „Bedeutung so genannter „weicher“ Politikformen tendenziell unterschätzt“ werde.

Ehrenamtliche Geschäftsführung

Anfang November veröffentlichte die NPD in Ostvorpommern empört eine Meldung mit dem Titel „Nationale dürfen sich nicht für den Erhalt eines Kindergartens engagieren“. Hintergrund war: Matthias Schubert, mehrfacher Familienvater aus einem Dorf bei Demmin in Mecklenburg-Vorpommern hatte zuvor versucht, die ehrenamtliche Geschäftsführung eines Kindergartens zu übernehmen. Der war aus finanziellen Gründen im Spätherbst geschlossen worden. Ein von der Gemeinde zusammen mit einem regionalen Träger entwickeltes Alternativkonzept scheiterte zuvor. „Nicht zuletzt wohl auch wegen der massiven Agitation von Herrn Schubert“, glaubt Günther Hoffmann, Rechtsextremismus-Experte aus Anklam. Der Schmiedemeister aus Bartow, den die NPD später als Parteimitglied vorstellte, soll 2009 noch als unabhängiger Kandidat zur Kreistagswahl kandidiert haben – war also nicht unbedingt als Rechtsextremist aufgefallen. Nur wenige Wochen nach der Schließung des Kindergartens bot sich der Familienvater als Ge-

RECHTE SZENE

schäftsführer an, der Bürgermeister konnte jedoch die Nähe zur NPD aufzeigen. Eine Gemeindevertretersitzung habe Anfang November die versuchte „Übernahme“ abgelehnt, so Hoffmann. Viele Eltern hätten sich empört gezeigt, ihnen sei Schuberts mögliche politische Intention nicht bekannt gewesen.

„Mit dem darf ich nicht spielen, der hat einen jüdischen Vornamen“

Versteckte Agitation nach außen – verstärkte Stabilisierung nach innen. Immer selbstbewusster nehmen viele Neonazis ihre Kinder mit zu konspirativen Brauchtumsveranstaltungen oder einschlägigen Kulturevents. In der Einladung der geplanten Sonnenwende der NPD in Rheinland-Pfalz im „nördlichen Rheinhessen“ am 19. Dezember heißt es ausdrücklich: „Kinder sind kostenfrei“. Auf dem Einladungsschreiben prangt eine große lächelnde Sonne. Das Programm dagegen verheißt eher Ideologisches: so werden „Heimaträtsel“, Vortrag, Feierfolge, gemeinsames Abendessen und ein Liederabend angekündigt. Immer häufiger berichten Aussteiger davon, dass Kinder von Kameraden mit dem Liedgut der „Hitlerjugend“ heranwachsen oder Textstellen der kriminellen Band „Landser“ auswendig aufsagen können. Auch werden bereits Kleinkinder nicht selten mit Polizei-Razzien in ihrem Zuhause konfrontiert. Sie wachsen in einer oft militanten, menschenverachtenden Parallelwelt auf, sollen aber gleichzeitig im normalen Schulalltag „funktionieren“. Lehrerinnen und Lehrer oder Kindergärtnerinnen hören von betroffenen Kindern oft Sätze wie: „Das darf ich nicht erzählen“ oder „Mit dem darf ich nicht spielen, der hat einen jüdischen Vornamen“.

Im Sommer wurden Rufe nach Jugendschutz und Kindeswohlgefährdung laut, als zahlreiche Neonazis, darunter auch vorbestrafte, in den Polizeikontrollen zur Sonnenwendfeier in Eschede steckten und ihre Kinder im Fond der Autos alles miterlebten. Was genau auf dem abgelegenen Gelände in der Lüneburger Heide zelebriert wurde, bekamen die Cellen Behörden kaum mit: es war keine Dauerpräsenz vor Ort. Demnächst steht erneut eine Sonnenwende der als gewalttätig geltenden „Kameradschaft Celle 73“ an. Dazu werden wieder hunderte von Rechtsextremisten erwartet – den Nachwuchs im Schlepptau.

Andrea Röpke

Das Kreuz im Titel

Die „National Zeitung“ ist das auflagenstärkste Blatt im deutschen Rechtsextremismus – ein neues Layout soll die Zeitung moderner erscheinen lassen, die alten Inhalte sind geblieben.

Das rechtsextreme Blatt hat es gleich gewusst. Hinter dem Bundesminister steht die „Israel-Lobby“. „Israels Mann in Berlin, Dirk Niebel, FDP-Bundesminister“, titelt die „National-Zeitung“ (NZ), verstärkt durch ein Bild, auf Seite eins in der aktuellen Ausgabe vom 4. Dezember 2009. Als Beweis führt die NZ-Redaktion an, dass der Minister auch Vizepräsident der Deutsch-Israelischen Gesellschaft und stellvertretender Vorsitzender der Deutsch-Israelischen Parlamentariergruppe sei. Das Fazit der Redaktion um den unumstrittenen Herausgeber Gerhard Frey: „So ungeniert agierte die Israel-Lobby in der deutschen Regierung noch nie.“

„Wer stoppt antideutsche Hetze“

Seit zehn Jahren erscheint die „National-Zeitung“ unter diesem Namen. 1999 ging sie aus der Verschmelzung der „Deutschen National Zeitung“ und der „Deutschen Wochenzeitung – Deutscher Anzeiger“ hervor. Die Auflage liegt nach Schätzung des Bundesamtes für Verfassungsschutz bei 33 000 Exemplaren. In der Öffentlichkeit scheint kaum wahrgenommen zu werden, dass die „National-Zeitung“ die auflagenstärkste Zeitung der extremen Rechten in der Bundesrepublik Deutschland ist. In Bahnhofsbuchhandlungen und Zeitungskiosken liegt sie neben anderen Wochenzeitungen aus. Die Titel, die gleich sichtbar sind, wie „Wer stoppt antideutsche Hetze“, „Von wem sich die Kanzlerin lenken lässt. US-Weltherrschaft ist am Ziel“, oder „Ist Zuwanderung die Zukunft – Vorsicht Bürgerkrieg“ lösen scheinbar keine Bedenken aus. „Die wird einfach mitgeliefert“, erklärt ein Mitarbeiter in der Erfurter Bahnhofsbuchhandlung. In Hamburg, im links-alternativen Schanzenviertel, ist eine Verkäuferin in einem Drogeriemarkt überrascht: „Rechtsextrem? Oh, die wird mit allen Zeitungen geliefert.“

Vor einem Jahr unterzog die Redaktion mit Sitz in München die Zeitung einer Neugestaltung. Modern soll das neue Layout wirken. Das „Eiserne Kreuz“ zwischen „National“ und „Zeitung“ ist aber geblieben. „Es ist ihnen sicher nicht entgangen, dass sich unsere Zeitung für

RECHTE SZENE

sie in Schale geworfen hat“, schrieb Gerhard Frey am 17. Oktober 2008. Der 1933 als Sohn einer Kaufmannsfamilie in Cham Geborene versicherte aber sogleich, dass das „Eiserne Kreuz“ bei der Neugestaltung nie „zur Disposition“ gestanden hätte. Man bleibt sich treu. Schon eine Vorläuferzeitung aus dem Hause Frey zierte seit 1951 dieses Kreuz im Titel.

Hetze gegen vermeintliche Überfremdung

Mit dem neuen Layout stockte die Redaktion, zu der seit Jahren Sven Eggers gehört, den Seitenumfang von 16 auf 20 Seiten auf. Der Zeitung scheint es folglich finanziell gut zu gehen. Schwankungen bei den Einnahmen dürften dem Münchner Millionär Gerhard Frey bei diesem Überzeugungsprojekt kaum Schwierigkeiten machen. Das Vermögen der Familie wurde in der Vergangenheit auf rund 250 Millionen Euro geschätzt. Zahlreiche Immobilien sollen die Einnahmen sichern. Genaue Zahlen über die NZ präsentiert sie auf ihrer ebenso neu gestalteten Website nicht. Sie sucht dort aber „freie Mitarbeiter“. Ihre Voraussetzung: Sie müssen „in der Lage“ sein, „auch komplizierte Themen fundiert“ behandeln zu können. Vielleicht sollte die Redaktion eher schreiben, dass die Texte in ihre Weltsicht passen müssen – zwischen Verbreitung von antisemitischem Verschwörungswahn, Hetze gegen vermeintliche Überfremdung sowie angeblichem Deutschenhass und Verharmlosung des Nationalsozialismus.

Keine Ausgabe der NZ, in der sich nicht dieser rechtslastige Kommentarjournalismus wiederfindet. In der Ausgabe vom 4. Dezember betont Frey so auch unter dem Titel „Verlorene Staatsbürger in Uniform“, dass die weitere militärische deutsche Unterstützung der USA in Afghanistan „reiner Wahnsinn“ sei. Als Frage verkleidet hinterfragt der langjährige frühere DVU-Bundesvorsitzende sogleich den „Imperialismus“ der USA: „Doch hat uns Washington durch sein Eingreifen in beiden Weltkriegen und unzähligen Unrechtsstaaten wirklich so viel Gutes getan, dass wir jetzt mit dem ‘Teufel’, wie es die Dritte Welt sieht, untergehen müssen?“. Die Rhetorik verharmlost kaum die Kritik an der Befreiung Deutschlands vom Nationalsozialismus. In der NZ-Ausgabe eine Woche vorher hatte die Redaktion rhetorisch gefragt, ob Bundesaußenminister Guido Westerwelle erpresst werde? Vielleicht vom Mossad, wie der Text suggeriert? Nichts Genaues weiß man. Das Rechtsblatt bediente sich am

27. November so auch auf der Titelseite eines Tricks. Es zitierte einfach eine Behauptung des verstorbenen FDP-Politikers Jürgen Möllemann. Karl Diefenbach beklagte am 27. November indes, dass das Bundesverfassungsgericht sich nicht gegen eine weitere Auslegung des „Volksverhetzungsparagrafen“ aussprach. Die Entscheidung, dass der Paragraph 130 im Strafgesetzbuch das Verbot von Aufmärschen zulasse, die der Verherrlichung des Nationalsozialismus dienen könnten, verstimmt. Wohlwollend führte Thorsten Thomsen in derselben Ausgabe unter der Überschrift „Dem Vergessen entrissen“ aus, dass den „deutschen Opfern eines Massakers“ nun endlich ein Denkmal in der „Stadt Postelberg, die heute auf tschechischem Staatsgebiet liegt“, errichtet werde. Im Frühjahr 1945 hätten dort tschechoslowakische Milizen mehrere hundert männliche Sudetendeutsche erschossen.

Beeinträchtigung des Lebensrechts des deutschen Volkes

In der Kolumne „quer gedacht“ greift der langjährige DVU-Kader Bruno Wetzel in der „National-Zeitung“ aktuelle Themen auf. Am 23. Oktober machte er die Europäische Währungsunion mitverantwortlich für die Unsicherheit der Rente. Eine Serie von Artikeln veröffentlichte die Redaktion anlässlich des 70. Jahrestages des deutschen Überfalls auf Polen 1939. Bereits die Titel geben die Intention wieder: „Deutschland nur Täter, Polen nur Opfer?“, „Gute Polen, böse Deutsche“.

Bei dem Relaunch der Zeitung gingen die Werbeseiten für den hauseigenen Deutschen Buchdienst und den FZ-Verlag nicht verloren. Im Angebot auch: Peter Winkelboß: „Die türkische Frage. Wie Deutschlands Zukunft entschieden wird.“ Laut Werbung in der NZ würde der geplante EU-Beitritt Ankaras den „türkischen Einfluss in und auf Deutschland noch vergrößern“. Schon in der Ausgabe vom 8. August 2008 offenbarte die NZ-Redaktion die Denkweise ihrer Leserschaft. Bei einer Leseumfrage: „Wer ist Deutschlands Feind?“ und „Wodurch wird heute das Lebensrecht des deutschen Volkes am meisten beeinträchtigt?“ entschieden sich 83,6 Prozent für die Antwort „US-Herrschaft“, 77,2 Prozent für den „Zionismus“ und 69,2 Prozent für den „Nationalmasochismus“. Die Redaktion der „National-Zeitung“ dürfte das Ergebnis erfreuen. Die Leser folgen ihr.

Andreas Speit

REZENSION

Unterschiedliche Schwerpunkte

Eine neue Studie nimmt eine systematische Analyse der NPD-Strategie im Osten wie auch im Westen Deutschlands vor.

Bei Wahlen kann die NPD in Ostdeutschland Achtungserfolge und Parlamentseinzüge verzeichnen, im Westdeutschland bleibt sie meist unter zwei Prozent der Stimmen. Lässt sich diese unterschiedliche Bedeutung der rechtsextremen Partei auf eine unterschiedliche Strategie zurückführen? Wie steht es überhaupt um die inhaltliche Ausrichtung und organisatorische Umsetzung der Strategie der NPD? Diesen Fragen stellt sich der Politikwissenschaftler Robert Philippsberg in seiner Studie „Die Strategie der NPD. Regionale Umsetzung in Ost- und Westdeutschland“. Deren Ziel ist es in den Worten des Autors, „zu ermitteln, ob die NPD für die politisch-gesellschaftliche Etablierung im Osten der Bundesrepublik tatsächlich eine regional angepasste Strategie einsetzt, die der Partei dort zumindest partielle Wahlerfolge beschert hat“ (S. 13). Seine Analyse stützt sich dabei neben Gesprächen mit Experten aus dem wissenschaftlichen Bereich auch auf Interviews mit führenden NPD-Funktionären wie Holger Apfel, Jürgen Gansel, Udo Pastörs oder Udo Voigt.

Philippsbergs Arbeit gliedert sich in sieben unterschiedlich große Kapitel: Nach einer Einleitung zu Forschungsfragen und -stand geht es zunächst um die inhaltliche Dimension des Rechtsextremismusbegriffs und Prüfkategorien für eine Parteistrategie sowie für eine politische Kooperation als Mittel zum Strategietransfer. Dem folgt eine Analyse zur strategisch-historischen Entwicklung von der Entstehung bis zur Gegenwart, zum Drei- beziehungsweise Vier-Säulen-Konzept der NPD sowie zur Strategieumsetzung der Partei im Osten und Westen Deutschlands. Hierbei spielen die Kriterien Strategiebildung, strategisches Zentrum und strategische Erfolgsfaktoren eine wichtige Rolle. Danach widmet sich der Autor der Frage, inwieweit es eine Ost-West-Kooperation als potenziellen innerparteilichen Strategietransfer von Ost nach West gegeben habe. Und schließlich präsentiert er eine Zusammenfassung der Ergebnisse und benennt Desiderate der Forschung, wozu etwa ein Vergleich mit den Erfolgsfaktoren und Strategien anderer rechtsextremer Parteien gehört.

Bilanzierend bemerkt Philippsberg, es gebe mit der erweiterten Drei-Säulen-Strategie ein gesamtstrategisches Fundament der NPD. Die Analyse habe aber auch gezeigt, „dass es zwischen der Strategieumsetzung der NPD in West und Ost keinen grundsätzlichen Unterschied gibt, da in beiden Regionen das erweiterte Drei-Säulen-Konzept die strategische Grundlage bildet. Marginale Differenzen bestehen lediglich in der thematischen Schwerpunktsetzung. Dabei setzt die NPD in den neuen Bundesländern stärker auf die Ressentiments gegen das Establishment, die in diesem Teil Deutschlands noch immer ausgeprägter sind. Im Westen wird die Ausländerthematik dagegen zumindest tendenziell häufiger angesprochen, weil dort wesentlich mehr Immigranten leben als im Osten“ (S. 97). Und schließlich zeige sich, „dass ein Strategietransfer von Ost nach West nicht vorliegt. Die hauptsächliche Begründung hierfür sind die unterschiedlichen Rahmenbedingungen, mit denen die Partei in den beiden Teilen Deutschlands konfrontiert ist ...“ (S. 98).

Erweitertes Drei-Säulen-Konzept

Der vorliegenden Studie kommt das Verdienst zu, erstmals systematisch eine Analyse der NPD-Strategie vorgenommen zu haben. Dabei benannte der Autor auch wichtige Kriterien, die sich von der Forschung auch vergleichend nutzen lassen. Sie könnten allerdings noch um weitere Gesichtspunkte wie die Themen der Agitation und die Verankerung in der Gesellschaft erweitert werden. Philippsbergs Interviews mit NPD-Funktionären sind interessant und problematisch zugleich: Einerseits kann hier der O-Ton des Analyseobjektes eingefangen werden, andererseits hätte man das Informationsinteresse der Interviewten stärker problematisieren können. Ist es wirklich so, wie sie sagen? Oder handelt es sich um Darstellungen mit politischen Absichten? Auch bei den Darstellungen zu Strategie und Handlungen hätte stärker berücksichtigt werden sollen, dass nicht jede Aktivität direkt aus einer festgelegten Strategie abgeleitet worden sein muss. Gleichwohl verdient die Arbeit vor allem angesichts der Analysekriterien für Strategien Beachtung für kommende Analysen.

Robert Philippsberg, Die Strategie der NPD. Regionale Umsetzung in Ost- und Westdeutschland, Baden-Baden 2009 (Nomos-Verlag), 120 Seiten, 19 Euro.

GRAUZONE

Rechtskonservative Zündler

Vertreter der Schweizerischen Volkspartei und kleinerer christlicher Parteien schüren antiislamische Stimmung in der Alpenrepublik.

Weltweite Aufmerksamkeit erregte Ende November das Votum der Schweizer Bevölkerung gegen den Bau von Minaretten. In der Alpenrepublik gibt es etwa 160 Moscheen, davon haben aber nur vier Minarette. Von den rund 7,5 Millionen Einwohnern der Schweiz sind rund 400 000 Muslime. Nur etwa 50 000 von ihnen bezeichnen sich aber als den Islam auch praktizierend. Dem Kampf gegen Minarette, der – trotz gegenteiligen Beteuerungen – ein Kampf gegen den Islam ist, hat sich maßgeblich das „Initiativkomitee ‘Gegen den Bau von Minaretten’“ verschrieben. Hinter der im Mai 2007 gegründeten Initiative stehen die nationalkonservative Schweizerische Volkspartei (SVP) und die kleine christlich ausgerichtete Eidgenössische Demokratische Union (EDU). Lanciert wurde die Anti-Minarett-Initiative von einem „Egerkinger Komitee“.

Prominenter Kopf des „Egerkinger Komitees“ und des „Initiativkomitees ‘Gegen den Bau von Minaretten’“ ist der über die Schweizer Grenzen hinaus bekannte SVP-Politiker Ulrich Schlüer (Jg. 1944). Nationalrat Schlüer ist seit 1979 Chefredakteur der Zeitung „Schweizerzeit“. Regelmäßig erscheinen in dem Blatt muslimfeindliche Texte, und in ihrem Bücherdienst bietet die Zeitung verschiedene einschlägig bekannte Bücher von Autoren wie Alain de Benoist, Hans-Helmuth Knütter und Josef Schüßlburner an. Zu den deutschen Mitarbeitern der „Schweizerzeit“ zählen die Rechtsaußen Roland Baader und Christa Meves. Ende November wurde in der „Schweizerzeit“ behauptet, dass ein Minarett „ein Mittel zur Signalisierung und Visibilisierung der fortschreitenden Etablierung des Islams bzw. der Muslime mit ihrer kulturell-religiösen Identität in der hiesigen Gesellschaft“ sei.

Schlüer, den der renommierte Schweizer Soziologe Jean Ziegler einen „politischen Hetzhund“ nennt, vertrat 2008 in einem Interview mit der rechtsextremen österreichischen Wochenzeitung „Zur Zeit“ die Auffassung, dass „niemand in der Ausübung seines Glaubens eingeschränkt“ sei, „wenn er in einer Moschee ohne Minarett seine Glaubensverrichtungen vorsieht“. Seine politi-

sche Karriere hatte Schlüer mit einem fremdenfeindlichen Parteibuch begonnen: Bis 1979 war er über Jahre Sekretär von James Schwarzenbachs rechtsextremer Republikanischer Bewegung und Redakteur von deren Parteiorgan, ehe er zur SVP übertrat. Kontakte pflegte Schlüer später zu der von rechtsaußen politisierenden Psycho-Sekte „Verein zur Förderung der psychologischen Menschenkenntnis“ (VPM). Als Gelegenheitsautor griff Schlüer unter anderem für die „Junge Freiheit“, „Die Aula“ und den „Eckartboten“ zur Feder. Die Postfachanschrift des „Initiativkomitees ‘Gegen den Bau von Minaretten’“ ist identisch mit der Postfachanschrift von Schlüers „Schweizerzeit“ in Flaach. Schlüer wohnt seit 1970 in Flaach, dem Zürcher Weinland.

„Keine Ausnahme mehr“ für separate jüdische Friedhöfe

Präsident der Anti-Minarett-Initiative ist der SVP-Nationalrat Walter Wobmann (Jg. 1957). Wobmann meint, dass ein Minarett „keinen religiösen Charakter“ habe und ein Verbot „in keiner Art und Weise gegen unsere Glaubens- und Religionsfreiheit“ verstoße. Ende Januar 2009 nahm Wobmann an einer Konferenz europäischer Rechtsparteien in Wien teil. Ausrichter der Konferenz war das Freiheitliche Bildungsinstitut der FPÖ. Vor Ort waren auch bundesdeutsche Rechtsextremisten, darunter der DVU-Bundesvorsitzende Matthias Faust und sein Stellvertreter Ingmar Knop sowie für „die pro“-Bewegung Markus Beisicht, Judith Wolter und Markus Wiener.

Der Anti-Minarett-Initiative gehört auch der jüngste Nationalrat der Schweiz, Lukas Reimann (1982), an. Der SVP-Politiker ist Mitgründer und Co-Präsident des 2001 gegründeten Vereins „Young4FUN.ch“. Der Verein fordert unter anderem „Schweizer Arbeitsplätze zuerst für Schweizer“. Kontakte pflegte „Young4FUN.ch“ zur Freiheitlichen Jugend (FJ) von Steve Schwittek. Die FJ ging ursprünglich aus dem Bund Freier Bürger hervor und fungierte später als Jugendtruppe der extrem rechten Freiheitlichen Initiative Deutschland (FID).

Nach dem Votum der Schweizer Bürger/innen wollte jetzt Christophe Darbellay (Jg. 1971), Präsident der Christlich-demokratischen Volkspartei (CVP) und Nationalratsabgeordneter, die ultrarechten Anti-Minarett-Kämpfer von SVP und EDU rechts überholen. Darbellay forderte in

GRAUZONE

einem Interview mit dem Aargauer Privatfernsehen Tele M1, dass muslimischen Frauen in öffentlichen Funktionen das Tragen von Kopftüchern verboten werde. Und: Für separate jüdische Friedhöfe solle es „keine Ausnahme mehr“ geben. Die CVP wurde 1912 unter dem Namen Schweizerische Konservative Volkspartei gegründet. Seit 1970 nennt sie sich Christlich-Demokratische Volkspartei.

In der Neonazi-Szene ist Muslimfeindschaft ein fester Bestandteil der Ideologie. Ihr gesellschaftlicher Einfluss ist allerdings marginal. Die Anfang September 2000 gegründete Partei National Orientierter Schweizer (PNOS) ist die einzige rechtsextreme Gruppierung in der Schweiz, die sich als Partei bezeichnet. 2006 gab sich die PNOS ein neues Parteiprogramm, nachdem das alte Programm vom Bezirksamt Aarau als rassendiskriminierend beurteilt worden war. Das Anti-Minarett-Votum kommentierte die PNOS, die Kontakte zur NPD pflegt, mit den Worten: „Das Resultat ist eine Watsche für sämtliche etablierte Parteien“, ein „klares Zeichen gegen Zuwanderung und Islamisierung“. Die „Partei des modernen Nationalismus“ fordert einen „echten Volksstaat in der Schweiz und tritt entschieden gegen die heuchlerischen Phrasen von Multikultur und totaler Vermischung aller Völker ein, welche nur den globalistischen Plan zur Auslöschung aller Völker und Kulturen bemänteln sollen“. Geführt wird die PNOS von dem Trio Denise Friederich, Andre Gauch und Dominic Lüthard. Die „Schriftleitung“ des PNOS-Organs „ZeitGeist“ hat Michael Haldimann inne. Zu den „ZeitGeist“-Autoren des Jahres 2009 zählt auch der Hamburger Reinhold Oberlercher. Im „Weltnetzladen“ der PNOS wird einschlägiges Schriftgut wie „Funkenflug. Handbuch für nationale Aktivisten“ von Jürgen Riehl (= Jürgen Rieger) angeboten.

Die schweizerische Justizministerin Eveline Widmer-Schlump, die bis Sommer 2008 selbst der SVP angehörte, erklärte, dass ein Minarett-Verbot im Widerspruch zu den Menschenrechten stehe und den religiösen Frieden im Land gefährde. Darauf entgegnete das „Egerkinger Komitee“: „Im öffentlichen Dienst stehende Justizfunktionäre, welche sich der Umsetzung des vom Souverän geäußerten Willens widersetzen, müssen entlassen werden.“

Anton Maegerle

Freiheitliche Islam-Hetze

Staatsbürgerkunde beim FPÖ-Bildungsinstitut.

„Gut sein. Besser sein. Das Beste aus sich machen. Lernen mit dem FBI“ prangt auf der Homepage des in Wien ansässigen FPÖ-Bildungsinstituts. Was darunter zu verstehen ist, enthüllte jüngst die österreichische Zeitschrift NEWS. Eine NEWS-Journalistin hatte zuvor undercover an einem Islam-Seminar des freiheitlichen Bildungsinstituts mit der Referentin Elisabeth Sabaditsch-Wolff im Wiener Hotel Ibis teilgenommen. Die selbst ernannte Islam-Expertin Sabaditsch-Wolff, die Mitte der 90er Jahre im Kabinett des damaligen Vizekanzlers Wolfgang Schüssel (ÖVP) tätig war und ihre politische Heimat bei der FPÖ fand, hat sich auf die Fahne geschrieben, „gegen die Islamisierung der westlichen Zivilisation zu kämpfen“. Zweimal im Jahr hält die Diplomantochter am freiheitlichen Bildungsinstitut ihren dreiteiligen Vortrag über den Islam. Sie doziert über diverse Dschihad-Arten: Demografie-Dschihad, Einwanderungs-Dschihad und Liebes-Dschihad. „Muslimische Burschen“, so Sabaditsch-Wolff, „sorgen dafür, dass sich nichtmuslimische Mädchen in sie verlieben, nur damit sie konvertieren“. Muslime seien „zum Lügen verpflichtet“, Sabaditsch-Wolff, Präsidiumsmitglied des Wiener Akademikerbundes, zufolge, stehe im Koran, dass alle, die den Islam ablehnen, getötet werden müssen.

Methodik und Inhalte des Islam-Seminars wurden nach der NEWS-Enthüllung scharf von der SPÖ und deren Jugendorganisation gerügt. Gefordert wurde aus diesen Kreisen eine Einstellung der öffentlichen Gelder für das FPÖ-Bildungsinstitut. Das freiheitliche Bildungsinstitut erhielt im Jahr 2009 bisher 2,2 Millionen Euro vom Bund zur Förderung staatsbürgerlicher Bildungsarbeit. Gern gesehen sind beim FPÖ-Bildungsinstitut Vortragende aus der Bundesrepublik; so standen bislang unter anderem Herbert Ammon, Johannes Rogalla von Bieberstein, Rainer Glagow, Bernd Kallina, Klaus Rainer Röhl und Gerd Schultze-Rhonhof auf der Referentenliste der Freiheitlichen. Präsident ist der FPÖ-Spitzenpolitiker Hilmar Kabas. NEWS hat am 24. November gegen Sabaditsch-Wolff Anzeige bei der Staatsanwaltschaft Wien wegen Verhetzung gestellt.

Anton Maegerle

AUSLAND

Vor dem Comeback

Der rechtsextreme Front National profitiert von der in Frankreich stattfindenden Debatte über „nationale Identität“ und das „Problem Islam“.

Erstmals seit längerer Abstinenz steht der rechtsextreme Front National (FN) wieder im Zentrum vieler politischer Gespräche. Viele Beobachter sagen ihm derzeit ein Comeback voraus und sehen ihn schon bei den französischen Regionalparlamentswahlen am 14. und 21. März nächsten Jahres in manchen Regionen des Landes als Zünglein an der Waage auftreten.

Die Wahlen finden in allen Landesteilen Frankreichs, auch auf Korsika und in vier „Überseegebieten“, statt. Anfang November stieg jetzt der Stimmenanteil, der dem FN in Vorwahlumfragen – die ihn oft unterschätzen – vorhergesagt wird, sprunghaft von sechs auf neun Prozent im Landesdurchschnitt an. Seitdem hält die Partei sich von Woche zu Woche auf einem Niveau zwischen acht und neun Prozent. Ihre Teilnahme an der Stichwahl – dazu sind mindestens zehn Prozent der abgegebenen Stimmen im ersten Wahlgang erforderlich – wird derzeit für mehrere Regionen erwartet: In Provence-Alpes-Côte d’Azur (um Marseille), Rhône-Alpes (um Lyon) und in Nord-Pas de Calais (um Lille) gilt sie als wahrscheinlich, in den Regionen Champagne-Ardenne, Elsass und Lothringen als möglich.

Die wachsende Zustimmung für den rechtsextremen FN muss im Kontext der durch die französische Regierung lancierten Debatte über die „nationale Identität“ betrachtet werden. Am 25. Oktober dieses Jahres rief Frankreichs Minister für Einwanderung, Eric Besson, eine staatsoffizielle Diskussion dazu aus – mit Veranstaltungen in den Präfekturen und einer durch sein Ministerium eingerichteten Webpage. Sie soll bis Ende Januar 2010 dauern und im Februar wird dann die Veröffentlichung „zusammenfassender Ergebnisse“ folgen.

Bei dieser Diskussion um die „Nationalidentität“ geht es nicht unmittelbar darum, dass die Anwesenheit von Einwanderern per se ein Problem darstellen würde. Es handelt sich vielmehr um eine Art französische Version der deutschen „Leitkultur“-Debatte zu Beginn des Jahrzehnts. Also darum, einen Wertekanon zu definieren, der auch für Zuwanderer verbindlich zu sein habe. Doch hat

sich die Debatte in breiten Kreisen auf das „Problem Islam“ und den Umgang mit ihm zugespitzt. Ein Teil des konservativen Lagers versucht, ebenso wie die extreme Rechte in allen ihren Fraktionen und Schattierungen, auf der Welle des Schweizer Abstimmungsergebnisses vom 29. November zu surfen. Und auf der Regierungs-Homepage werden immer häufiger rassistische und gesetzwidrige Sprüche verzeichnet.

Die extreme Rechte zögert jedenfalls nicht, offen die Anwesenheit von Einwanderern zur Gefährdung der „nationalen Identität“ zu erheben. Marine Le Pen forderte etwa im französischen Fernsehen, um selbige „Identität“ zu befördern, die Wiedereinführung des reinen Ius sanguinis (Blutrechts) – statt des in Frankreich teilweise geltenden Ius soli (Bodenrechts) – im Staatsangehörigkeitsrecht und das Verbot von Doppelstaatsbürgerschaft. Bislang ist es dem FN weitgehend gelungen, sich in der Öffentlichkeit lautstark zu Wort zu melden und damit viel Beachtung zu finden. Kurz nach der Einrichtung der offiziellen Website zur „nationalen Identität“ – die am 2. November ins Netz gestellt wurde – hatte der Front National bereits seine eigene Seite dazu freigeschaltet.

Auch in der regionalen Presse kann die rechtsextreme Partei zum Teil offen in die Debatte um „nationale Identität“ eingreifen – beispielsweise in der Regionalzeitung „L’Union“ in Reims, wo der örtliche FN-Funktionär Thierry Maillard (ein Ultraradikaler vom „nationalrevolutionären“ Flügel, der von 1978 bis 1990 gewalttätige Neonazigruppen wie „Oeuvre française“ geleitet hatte) die Gelegenheit nutzte, um im Zusammenhang mit der vorgeblich bedrohten nationalen Identität gegen die „Immigration-Invasion“ zu wettern. Lediglich wenn es zu obskur ausartet, dürfte der FN die Möglichkeit verpassen, sich in die Debatte einzuklinken. Im Bezirk Morbihan in der Westbretagne wurde beispielsweise auf der FN-Homepage eine Rüge der UNO für das Schweizer Abstimmungsergebnis so kommentiert: „Die Freimaurer und die ihnen innewohnenden satanischen Kräfte ereifern sich“. Mit einer wahrscheinlich künftigen Parteichefin Marine Le Pen ab dem kommenden Jahr dürfte der Front National aber durchaus Chancen haben, vom aktuellen Klima zu profitieren.

Bernhard Schmid

BLICK IN DIE ZEITGESCHICHTE

Späte Hilfe

Der Verein „Phönix“ kümmert sich um russische Überlebende des Holocaust – sie leben nach wie vor unter ärmlichen Bedingungen.

Als in diesem Herbst der Verein „Phönix aus der Asche – Die Überlebenden der Hölle des Holocaust e. V.“ zu einer Konferenz nach Berlin einlud, kamen einige Dutzend Frauen und Männer, alle weit über 70 Jahre alt. Einige hatten sich Jahrzehnte zuvor schon mal gesehen, andere waren sich anscheinend fremd, erinnerten sich aber nach einigen Stichworten. Oft waren es Namen aus der Zeit der deutschen Okkupation 1941 bis 1944, als die Menschen eingekerkert waren – Juden, die nur deshalb überlebt haben, weil die Rote Armee nach der deutschen Niederlage vor Stalingrad Anfang 1943 schnell nach Westen vorrückte und die Invasoren verjagte. „Das war nicht so geplant“, sagt Alexej Heister, der Präsident des Vereins. „Diese Konferenz hat Menschen zusammengebracht, die in demselben Ghetto waren.“

Zu der Konferenz war aus einem historischen Anlass eingeladen worden. Es war der 65. Jahrestag der Befreiung der deutschen Konzentrationslager und Ghettos in der UdSSR und in den osteuropäischen Staaten. Gastgeber war die Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas. Die Gäste sollten Berliner Studenten ihre Geschichten erzählen. „Wir zeichnen die Erlebnisse der Überlebenden für ein Buch auf“, erläuterte Heister seinen Plan. „50 bis 60 Erzählungen haben wir bereits.“

Das allerdings ist nicht der einzige Grund für die Tagung. Im Vordergrund stand und steht unverändert materielle Hilfe für die meist sehr armen Juden, die infolge der politischen Wende vor 20 Jahren endlich nach Deutschland übersiedeln durften. Sie bekommen zwar hier vom Staat eine kleine Lebenshilfe. Die heißt „Grundsicherung“ und ist mit zahlreichen Einschränkungen verbunden. So müssen diese Menschen auf das Grundrecht der Freizügigkeit verzichten. Sie werden bestimmten Städten und Gemeinden zugewiesen und dürfen nicht arbeiten. Der Besitz von Eigentum ist für sie verboten und sie dürfen Deutschland im Jahr nicht länger als drei bis vier Wochen verlassen. Sie leben Tag für Tag unter der Drohung, Deutschland wieder verlassen zu müssen, etwa wenn sie einen schlechten Job annehmen als Putzhilfe oder für Gelegenheitsarbeiten ohne Versicherungsschutz.

Der Vizepräsident des Vereins, Alexander Popow, betont: „Die Zeit ist reif, dass die Bundesregierung und der Bundestag den sozialgesetzlichen Status der Holocaust-Überlebenden regeln.“

Das wird auch höchste Zeit. Denn lange werden diese Opfer nicht mehr leben. Schließlich sind die meisten hochbetagt und infolge der schrecklichen Jahre im Ghetto krank. Dennoch hat sich durch den Verein Phönix aus der Asche etwas geändert. Bis zu dessen Gründung im Jahre 2006 hat sich niemand um diese Menschen gekümmert. Jetzt tritt der Verein öffentlich für sie ein. Sie haben sozusagen endlich eine Lobby, ohne die sich hierzulande bekanntlich nur sehr wenig in Bewegung setzen lässt. „Die jüdischen Gemeinden haben sie nicht ernst genommen. Sie wollten ihre Geschichten aus den Kriegsjahren nicht hören“, erklärt Popow. Ob das zutrifft, steht auf einem anderen Blatt und dürfte von Gemeinde zu Gemeinde unterschiedlich gehandhabt werden. Der Zentralrat der Juden in Deutschland unterstützt den Verein auf jeden Fall.

„Wir haben mit 30 Mitgliedern angefangen“, sagt Heister. Das war der Anfang. Die Ersten erzählten zu Hause oder im Freundeskreis von dem Verein. Der wuchs nach und nach und zählt inzwischen 420 Frauen und Männer. Es sind ausschließlich alte Menschen. Junge Juden aus der früheren UdSSR brauchten die Verfolgung ihrer Eltern und Großeltern zum Glück nicht zu erleben und zu erleiden. Ihre Zukunft liegt bei den örtlichen jüdischen Gemeinden, wenn sie sich überhaupt organisieren wollen. Denn auch die Gemeinden klagen über zu wenige Mitglieder. Das liegt einerseits daran, dass die Jungen oft eigene Wege gehen, auf die Hilfe der Kultusgemeinden verzichten können. Zu anderen geht auch unter den etwa 120 000 Mitgliedern der Trend dahin, sich zwar sozial zu engagieren, aber nicht als Mitglieder von Parteien oder Organisationen.

Dass die Überlebenden jetzt einen Verein haben, der sich um sie kümmert, ist eine große Hilfe – materiell und seelisch. Wer helfen will, kann das mit Spenden auf das Konto des Vereins Denkmal für die ermordeten Juden Europa unter Angabe des Verwendungszwecks tun. (Berliner Sparkasse, Konto-Nummer 6600007662, Bankleitzahl 10050000)

Heiner Lichtenstein

MELDUNGEN

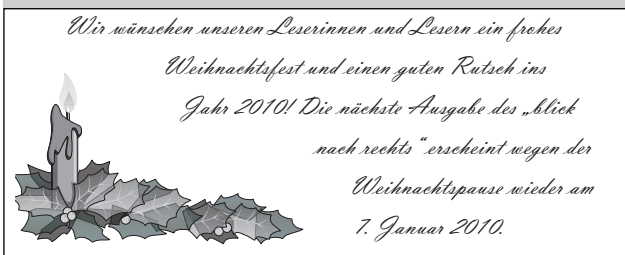
Intellektuelle Aufrüstung

Siegburg – Werner Keweloh, bisher eher publizistisch und in der Bildungsarbeit extrem rechter Gruppen aktiv, hat eine neue parteipolitische Heimat gefunden. Der „in nationalen Zusammenhängen geschätzte Autor und Referent“ werde künftig die Reihen der NPD stärken, teilte deren Kreisverband Rhein-Sieg mit. Der Diplom-Politologe und Ethnologe Keweloh ist einer der Sprecher des „Akademiekreises“, eines rechtsaußen angesiedelten Diskussionszirkels. Er tummelte sich in der Vergangenheit in den verschiedensten Spektren der extremen Rechten. So sprach er bei einer Demonstration von „pro Köln“, referierte aber auch bei der offen neonazistischen Jugendgruppe „Junge Deutsche“ der „Bewegung Deutsche Volksgemeinschaft“ (BDVG) oder bei einer Arbeitstagung „nationalrevolutionär heute“ des früheren NPD-„Vordenkers“ und heutigen NPD-Kritikers Jürgen Schwab. Zuletzt erschien ein Beitrag Kewelohs auch in der neonazistischen Zeitschrift „Volk in Bewegung“. Wenig Glück hatte Keweloh in der Vergangenheit bei seinen Versuchen, organisatorisch tätig zu werden. Weder die „Deutsche Aufbau-Organisation“, deren nordrhein-westfälischer Landessprecher er war, noch die „Deutsche Partei“, deren Landesverband er wiederbeleben wollte, konnten reüssieren. Eine Annäherung an die NPD hatte sich zuletzt bereits abgezeichnet, als Keweloh Anfang Oktober in Hessen eine Podiumsdiskussion mit Jürgen Rieger und Udo Pastörs leitete, bei der es um die Zukunft der NPD gehen sollte. (ts)

Zwist bei der DVU

Dresden – Anfang Oktober erst als „Strukturbeauftragter“ der DVU für den „mitteldeutschen“ Raum benannt, ist Bernd Zeise das Amt schon wieder los – und sein Parteibuch obendrein. Zeise, der auch Landesorganisationsleiter der DVU in Sachsen war, hatte sich eigentlich dem Aufbau von weiteren Gebietsgliederungen der Partei widmen sollen. Aber offenbar gingen seine Ambitionen darüber hinaus. DVU-Chef Matthias Faust habe ihm unterstellt, ihn stürzen zu wollen, klagt Zeise, der solche Absichten bestreitet. An Faust lässt er allerdings kein gutes Haar. Der zeichne sich durch „Inaktivität“ aus und betreibe eine „Abzockerei zu Lasten der Partei“. Faust arbeite mit aller Macht auf den finanziellen Ruin der DVU hin und halte sich nur „mit Lügen und Vertuschung“ an der Spitze der Partei, poltert Zeise. Seinen Parteiausschluss hält er im Übrigen für rechtswidrig. (ts)

IN EIGENER SACHE:



Impressum

Schirmherrschaft:

Ute Vogt (Mitglied des SPD-Präsidiums)

Herausgeber:

Institut für Information und Dokumentation e.V.,
Helmut Lölhöfel

Redaktion:

Gabriele Nandlinger (verantwortlich)
Mail: nandlinger@bnr.de
Fon: (030) 255 94 174
Fax: (030) 255 94 192

Verlag:

Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Postfach 610 322, 10925 Berlin
Fon: (030) 255 94 100
Fax: (030) 255 94 192

Abo-Service:

Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Fon: (030) 255 94 130
Fax: (030) 255 94 199
Mail: vertrieb@vorwaerts.de